

Der Beobachter

für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.

Samstag,
2. Oktober 1920

Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

40.
folge

Inhalt der Nummer:

Die Deutsche Volkspartei in der Regierung.
Von G. H. Kockertorn-Hannover.
Ein laubener Plan.
Warum sind die Deutschnationalen nicht in der Regierung?
Eingriffe der Deutschnationalen gegen die Deutsche Volkspartei.
Der Bankrott des Erzbergerischen Steuerregimes.
Die innere Krise des Zentrums.
Zahlen!
Die Verhöhnung des Völkerrechts in Eupen und Malmédy.
Die deutsche Neutralität im Kriege gegen Polen und Sowjetrußland und die deutschen Eisenbahnen.
Polenrauf.
Aus Zeit und Welt.
Aus der Partei.

Die deutsche Volkspartei in der Regierung.

Von G. H. Kockertorn-Hannover.

„Wenn einmal die Zeit kommt, wo wir wirklich die Macht haben, Deutschland nach unseren Gesichtspunkten zu regieren, dann muß aber vor allem noch etwas da sein, worüber wir regieren können. Es gilt also zu verhindern, daß vorher alles in einen Trümmerhaufen geschlagen wird.“ (Aus dem Bericht des zweiten Parteitag der D. V. P. in Leipzig im Oktober 1919.)
Seit den Wahlen vom 6. Juni haben sich so viele hochbedeutende politische Ereignisse vollzogen, daß nichts natürlicher, begreiflicher und verständlicher ist, als das Verlangen, sich innerhalb der Partei wieder einmal über die gegenwärtige politische Lage auszusprechen. Mit Recht wird darum der Zentralvorstand nach Hannover einberufen. Solche öffentliche Aussprachen sind schon eine Gewohnheit innerhalb der Partei geworden. Die Deutsche Volkspartei war von allen bürgerlichen Parteien die erste, die nach der Revolution einen Parteitag einberief, sie war die erste, die mit einem Parteiprogramm hervortrat, sie ist wohl die einzige von allen Parteien, die regelmäßig Zusammenkünfte der Wahlkreisvorsitzenden und Geschäftsführer veranstaltet, und nun rüstet sie sich schon zum dritten Parteitag, dem die erwähnte

Sitzung in Hannover des Zentralvorstandes vorangeht.

Einziges Ziel und Streben der Deutschen Volkspartei war vom Tage ihrer Gründung an, den Wiederaufbau Deutschlands sicherzustellen. Niemals hat sie darum grundsätzliche Opposition getrieben, auch nicht in der verfassunggebenden Nationalversammlung, wo sie schon ein reiches Maß positiver Arbeit leistete, indem sie sich namentlich bei den Kommissionsberatungen bemühte, durch praktische Vorschläge wenigstens Teilverbesserungen auch solcher Gesetzesentwürfe zu erzielen, denen sie im ganzen nicht zustimmen konnte. Diese positive Mitarbeit — trotz aller Kritik — erwarb der Deutschen Volkspartei das Vertrauen weiter Kreise des Bürgertums in solchem Maße, daß sie bei den Wahlen zum ersten Reichstage am 6. Juni als die „Partei des Wiederaufbaus“ durchs Ziel ging. Es ist dies um so bedeutsamer, weil sich im Grunde genommen alle Parteien ohne Ausnahme als Partei des Wiederaufbaus bezeichnen und auch behaupten müssen, auf Grund ihres Programms, d. i. Wiederaufbau Deutschlands in Aussicht stellen zu können. Nicht das bekannte Plakat der Reichsgeschäftsstelle, sondern das Vertrauen der Wähler hat die Deutsche Volkspartei zur „Partei des Wiederaufbaus“ gemacht.

Hat nun die Deutsche Volkspartei als Teilhaberin an der Regierung die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllt?

Um diese Frage objektiv beantworten zu können, gilt es zunächst festzustellen, welche Möglichkeiten die Wahlen vom 6. Juni der D. V. P. an die Hand gaben, die Bildung und Zusammensetzung der neuen Reichsregierung zu beeinflussen, wie die inner- und außenpolitische Lage Deutschlands beim Eintritt der D. V. P. in die Regierung war.

Dann erst können auf Grund der so gewonnenen Sachlage die weiteren Fragen beantwortet werden, was konnte die D. V. P. als Teilhaberin an der Regierung erreichen, was hat sie tatsächlich erreicht?

Bei der Betrachtung des Wahlausfalls übersehen gerade die Anhänger der Deutschen Volkspartei im begreiflichen Stolz über das Wachstum der eigenen Partei, daß die Gesamtfront des Bürgertums keine nennenswerte Stärkung erfahren hat. Die Stimmen der gesamten bürgerlichen Parteien sind gegen die Revolutionswahlen von

Januar 1919 nur um 68 727 Stimmen gewachsen. In unbegreiflicher Erschlaffung und sträflicher Nachlässigkeit hat das Bürgertum nicht die Kraft gefunden, seine Gesamtfront in nennenswerter Weise zu stärken. Nur dem Umstande, daß die Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen in erheblicher Weise zurückgingen, verdankt es das Bürgertum überhaupt, daß ihm der Wahlausfall wenigstens eine relative Stärkung brachte. Dabei war die bürgerliche Front in sich zerspalten und zerissen. Demokraten und Zentrum waren nicht für eine bürgerliche Koalition mit Einschluß der Deutschnationalen zu haben. Noch jetzt, am 8. September 1920, erklärt die „Germania“ (Abendausgabe Nr. 399), daß eine Verbreiterung des Regierungskabinetts nach rechts nicht in Frage kommen könne. Somit blieb nichts übrig, als die Bildung einer Minderheitsregierung der Mitte, wollte man nicht direkt den sozialdemokratischen Wünschen auf Bildung eines unhaltbaren, kurzlebigen Rechtsministeriums entgegenkommen. Es sei nur in dieser Beziehung an das Geheimzirkular des sozialdemokratischen Parteivorstandes vom 9. Juni erinnert, worin erklärt wird, daß gerade eine Rechtsregierung diejenige sei, die den sozialistischen Wünschen am meisten entsprechen würde. Die Deutsche Volkspartei trat in die Regierung ein, obwohl sie nur über etwa ein Siebtel der Abgeordnetenstimme und nur über 14,04 Proz. der abgegebenen Stimmen verfügt.

Wie war damals die inner- und außenpolitische Lage Deutschlands? Wenige Worte genügen, sie zu charakterisieren. Wirtschaftlich und politisch waren wir am Ende des Lateins, Zerrüttung und Verfall überall. Drohend zeigten sich bereits die verhängnisvollen Folgen des Versailler Diktates. Der deutsche Staat glich einem Wagen, der von der Höhe ins Tal herabgestürzt ist und unten halb zerbrochen liegt. Er muß aufgerichtet werden, so gut es geht. Neue Speichen sind in die halb zerbrochenen Räder zu setzen, die verbogene Deichsel muß gerade gezogen werden, und dann heißt es mit den Mitteln einer ruinerten Wirtschaft und den geringen Kräften einer seit 1½-jähriger Miswirtschaft völlig untergrabenen Staatsautorität den Wagen wieder bergan zu schieben. Nur rückwärts geht das, alle müssen in die Speichen fassen, aber nur wenige tun es. Die Lage bleibt so gefährlich, daß fast nach jedem Rudr Blöße untergesteckt werden müssen, damit der Wagen nicht wieder abwärts stürzt. Trotzdem

würde es voran gehen, wenn nicht von Preußen aus, wo noch die alte Revolutionsregierung unter sozialistischer Führung herrscht, ein Pferd hinter den Wagen gespannt würde. So ist nun das Zugpferd der neuen Reichsregierung, die Deutsche Volkspartei, einen Ruck nach vorne macht, schlagen die roten Führer Preußens auf ihren Gaul, daß er rückwärts gleitet, wobei sie unter Fluchen und Schimpfen das vordere Zugpferd, die D. V. P., für das Stedenbleiben des Karrens verantwortlich machen. Das Rückstliegende, was also geschehen muß, um einen, wenn auch langsamen Aufstieg zu ermöglichen, sind Neuwahlen in Preußen, damit das Bürgertum Gelegenheit findet, das rote sozialistische Hinterpferd auszuspannen.

So liegen die Dinge! Keine irdische Kraft kann sie in Monatsfrist auch nur in irgend einer bemerkenswerten Weise bessern. Jahre werden darüber hingehen. Jahrzehnte verfließen, ehe wir wieder zu einigermaßen normalen Zuständen kommen. Unter solch verzweifelten Verhältnissen in die Regierung eintreten, war darum eine „water-kindische Tat“, ist „ein Opfer“, das die Deutsche Volkspartei nur tragen kann, wenn die Parteien der Rechts- und Linksoption keine Forderungen stellen, die die Deutsche Volkspartei nicht erfüllen kann, wenn vor allem die Deutschnationalen Volkspartei als eine rechtsstehende Partei „die bürgerliche Regierungsgruppe tätig unterstützt“, wenn die Parteien der Opposition nicht Wahlpolitik, sondern Staatspolitik treiben. Das waren die Worte, mit denen der greise deutschnationaler Führer, Graf Posadowski, die politische Lage und die besondere Stellung der Deutschen Volkspartei am 27. Juni d. J. im „Tag“ treffend zeichnete. Darin sollten sich heute auch die Parteien der Opposition fragen, ob sie diesen von hoher Warte gesprochenen Worten gerecht geworden sind.

Was hat sie nun geleistet? Zunächst Spa. Hier haben unsere Feinde zum ersten Male in dem völksparteilichen Abgeordneten Stinnes wieder den aufrechten deutschen Mann kennen gelernt, zum ersten Male sind vor allem die Franzosen solch sachlich gerüsteten Partnern begegnet, daß sie ein zweites Zusammentreffen in Genf vermeiden möchten. Darin liegt am besten die Anerkennung der guten deutschen Sache, die in Spa zum ersten Male wieder gut vertreten war. Wenn trotzdem auch hier nicht alle Wünsche der Deutschen Volkspartei erfüllt werden konnten, so ist weiter zu berücksichtigen, daß ihre Vertreter überstimmt wurden.

Ober Schlesien! Ein tief bedauerliches Kapitel als Folge des Versailler Vertrages. Daß aber bei Erledigung des Breslauer Zwischenfalls nicht der Reichskanzler, der erste Beamte des Reiches, den Entschuldigungsang zum französischen Botschafter anzutreten brauchte, daß sich die Lösung des ganzen Zwischenfalls überhaupt in guter Form vollzog, ist doch auf die Habe seit der Deutschen Volkspartei und ihres Einflusses im Kabinett zu buchen.

Aber die Untergrabung der Staatsautorität durch die Nebenregierung der Eisenbahner? Zunächst eine Vorfrage: Gab es vor dem 6. Juni überhaupt eine Staatsautorität in Deutschland? War bis dahin die Nebenregierung der Gewerkschaften nicht die eigentlich ausschlaggebende Regierung? Man denke nur an die Märzkapitulation in Bielefeld, Münster und in Berlin vor den Forderungen der Gewerkschaften! Verständlich, daß diese jetzt nach Aufrechterhaltung ihrer einflussreichen Nebenregierung trachten. Ob wohl die Erfurter Eisenbahner von einem Kabinett unter sozialistischer Führung entlassen worden wären? Es ist wiederum ein Haben des neuen Kabinetts, daß jetzt endlich der Kampf auch gegen diese sich früher im Besitz ihrer Macht wahnenden gewerkschaftlichen Einflüsse aufgenommen wird.

In wirtschaftlicher Beziehung sind der Abbau der Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft, ebenso die Beseitigung

von Kriegsgesellschaften weitere Verdienste der neuen Regierung. Freilich werden auch dadurch noch lange keine Friedensverhältnisse herbeigeführt. Das Entscheidende liegt nach wie vor in der Steigerung der Produktion und der Bescheidung zu denkbarster Sparsamkeit. Indem aber lästige Fesseln unseres Wirtschaftslebens beseitigt wurden, ist eine neue Möglichkeit zur Steigerung der Produktion geschaffen.

Die Anträge und die Tätigkeit der D. V. P. in der Entwaffnungsfrage, namentlich die Tätigkeit des Abgeordneten Brüninghaus beweisen, daß die D. V. P. auch hier zur Stelle war, wo es galt, die berechtigten Interessen des Bürgertums zu wahren und zu stützen.

Sicherlich ist das alles im Rahmen des Gesamtwiederaufbaus ein Wenig, aber es wird, objektiv betrachtet, ein Biel durch die Zeitumstände, in denen es sich vollzog, und durch die gewaltigen Widerstände, gegen die es errungen werden mußte. Dieses Biel wird gekennzeichnet einmal durch das sozialdemokratische Eingeständnis, daß jetzt dem Sozialismus „Position um Position verloren geht“, zum andern durch den deutschnationalen Kommentar in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 16. J. Nr. 207, „daß auch ein Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die gegenwärtige Koalition ihr dort schwerlich eine so beherrschende Stellung bringen könnte, wie in der Regierung vor dem 6. Juni.“ Also geht es voran, wenn auch naturgemäß nur langsam. Jeder Schritt nach aufwärts muß erkämpft werden. Bisher Wille und Einsicht in die Wirklichkeit gehört dazu. Eine Politik des „Alles oder nichts“, wie sie auch Maurenbrecher in seiner Schrift „Die Taktik der Parteien“ empfiehlt, wird stets auf das „nichts“ hinauslaufen. Eine Partei, die sich zu solcher Taktik bekennen würde und grundsätzliche Opposition treibt, mag schließlich einmal die Macht in ihrer Hand vereinigen, aber wenn sie sie gebrauchen wollte, würde sie alles bis aufs Letzte zerschlagen vorfinden. Sie würde zu spät kommen.

Ein sauberer Plan.

Der preussische Minister des Innern, Herr Severing, hat mit den Führern der preussischen Mehrheitsparteien über die Neuwahlen zum Preussischen Landtag verhandelt und dabei einen sauberen Plan entworfen. Die preussischen Neuwahlen sollen seiner Ansicht nach bis zum Frühjahr des nächsten Jahres verschoben werden, um dann gemeinsam mit allgemeinen Neuwahlen zum Reichstag stattzufinden. Dieser Vorschlag ist unverfälschtes sozialdemokratisches Parteilgewächs. Und Herr Severing war, als er ihn machte, nichts weiter als der getreue Diener seiner Partei, eine Rolle, die den sozialdemokratischen Ministern in Preußen überhaupt völlig geklärt ist. Die sozialdemokratische Partei will den harten Schlag, den sie am 6. Juni bei der Reichstagswahl erhalten hat, wieder zum Guten wenden. Dazu scheinen ihr offenbar allgemeine Neuwahlen zum Reichstag im nächsten Frühjahr ein geeignetes Mittel zu sein. Sie rechnet damit, daß bis dahin die Auflösung der unabhängigen Partei ihr wieder unbestrittenes Oberwasser unter den Arbeitern verschafft. Ferner hofft sie darauf, daß die Stimmung der Massen nach einem harten und vorausichtlich entbehrungsreichen Winter vollen Wind in ihre Parteiflagel blasen wird.

Aus demselben engsten Gesichtswinkel ihres Parteiinteresses verhält sich die Sozialdemokratie gegen baldige Neuwahlen in Preußen ablehnend. Sie weiß, daß man in Preußen ihr Parteiregiment genau so satt hat, wie es ihr im Reich durch die Wahlen vom 6. Juni bescheinigt worden ist. Sie weiß, daß man ihr die Vorgänge in Groß-Berlin, die rote Gewalt Herrschaft, die hier geübt wird, bei alsbaldigen Neuwahlen in Preußen heimzahlen würde. Und sie weiß, daß sie durch das Volkswortum gezwungen wäre, die angenehmen und bequemen Futterplätze preiszugeben, die sie sich im Laufe der Monate bis in die allerletzte Zeit ungeschont in der Regierung und in der

Verwaltung gesichert hat. Das alles macht die sozialdemokratische Partei zu einer hartnäckigen Gegnerin baldiger Neuwahlen in Preußen. Sie hofft, hier dem Volksgericht zu entgehen, wenn im Frühjahr des nächsten Jahres mit den Reichstagswahlen zusammen auch in Preußen Neuwahlen stattfinden. Diese Rechnung mag trügerisch sein, aber sie ist die einzige, auf die die Sozialdemokratie noch bauen kann.

Gerade vom Standpunkt der Demokratie aus gesehen, ist es eine Schamlosigkeit, den Willen des Volkes in dieser Weise unter das Joch von Parteiinteressen zu spannen. Für wirkliche ehrliche Demokraten gibt es nur eine Möglichkeit, nämlich die, dem Volkswillen, der sich am 6. Juni bei den Reichstagswahlen so unzweifelhaft ausgesprochen hat, nun endlich auch in Preußen zu seinem Recht zu verhelfen. Der sozialdemokratische Plan stellt diese ganz selbstverständliche demokratische Forderung auf den Kopf. Er geht darauf hinaus, den Volkswillen gewissermaßen ablagern und eintrocknen zu lassen, um dann bei günstiger Gelegenheit auf seine Kosten ein Parteigewächs zu machen. Daß sich die wahlstatistische Lage der Sozialdemokratie verändert, ist sicher kein Grund für Neuwahlen im Reich. Alles aber spricht für Neuwahlen in Preußen. Wenn die Sozialdemokratie unter diesen Umständen versucht, den Volkswillen zu knebeln, so schlägt sie jedem Begriff von Demokratie ins Gesicht. Weisheitlicher und gewissenhafter aber ist es, wenn sich dann noch ein Minister zum Werkzeug dieser parteipolitischen Schieberpolitik macht, und wie Herr Severing mit den fadensteichigsten Gründen und einem ganz ungehörigen Übergriff auf die Reichspolitik gegen baldige Neuwahlen in Preußen Obstruktion betreibt. Es ist wohl nicht gut denkbar, daß Zentrum und Demokratische Partei, die von den Sozialdemokraten in Groß-Berlin als Sauwulver behandelt worden sind, Herrn Severing auf diesem Wege Gefolgschaft leisten werden.

Warum sind die Deutschnationalen nicht in der Regierung?

Diese Frage stellt Herr Weigelt im „Volk“ und beantwortet sie in seinem Sinne, als ob von Seiten der Deutschen Volkspartei der Deutschnationalen Partei mit Absicht und aus bösem Willen ein großes Unrecht zugefügt worden wäre. Wir beschäftigen uns mit der Darstellung nur, soweit darin von der Tätigkeit der Deutschen Volkspartei bei der Regierungsbildung die Rede ist, und zwar, das bemerken wir ausdrücklich, nicht um eine Polemik herbeizuführen, die wir auf das lebhafteste bedauern würden, sondern nur zur Richtigerstellung und Abwehr dieses überaus scharfen Angriffes gegen uns. Es heißt darin: „Aber es blieb noch die Möglichkeit, daß die Deutsche Volkspartei zur Deutschnationalen Volkspartei ging und mit ihr gemeinsam über die Bildung einer Regierung aller bürgerlichen Parteien verhandelte. Da geschah das Ungeheuerliche. Die Deutsche Volkspartei vergaß, daß es eine Deutschnationalen Volkspartei gab, daß jetzt die Gelegenheit zur Pflicht wurde, eine Regierung der bürgerlichen Parteien zu versuchen.“

Eine bürgerliche Regierung aus Zentrum, Demokraten, Volksparteilern und Deutschnationalen bei der damaligen politischen Lage war vom vornherein vollständig ausgeschlossen! Warum? Nicht, wie die obige Darstellung uns glauben machen will, als ob hier eine böse Absicht oder ein Verschulden der Deutschen Volkspartei vorläge, sondern weil das Zentrum und die Demokraten erklärt hatten, daß sie für eine Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen nicht zu haben wären. Sollte nun Herr Heine, der mit der Regierungsbildung beauftragt war und die Stellungnahme der Parteien sehr genau kannte, die Deutschnationalen Partei zur Regierungsbildung auffordern? Vielleicht wäre diese Handlungsweise taktisch klug gewesen, denn sie hätte vor dem ganzen Lande den Beweis erbracht, daß eine bürgerliche Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen in damaliger Zeit unmöglich war, und hätte dadurch der deutschnationalen Agitation den Wind aus den Segeln

genommen. Kein sachlich wäre aber auch dadurch nicht das geringste geändert worden. Wir können nicht glauben, daß es Politiker gibt, die unter den heutigen Umständen eine Regierung aus Deutschnationalen und Volksparteilern allein für lebensfähig halten. Als notwendige Folge ergab sich daher die heutige Minderheitsregierung. Als geschmacklos aber lehnen wir Redewendungen wie „da geschah das Ungeheuerliche“ ab. Auch wir bedauern, daß es nicht möglich war, die Deutschnationalen in die Regierung aufzunehmen und so aus ihrer unfruchtbaren Kampfstellung herauszubringen. Die Deutsche Volkspartei lehnt aber mit aller Energie und Schärfe die Auffassung, daß „ein bewußter Wille der Raststellung und Ausschaltung durch die anderen Parteien zur Tatsache geworden ist“, für ihren Teil als unzutreffend ab. N.

Angriffe der Deutschnationalen gegen die Deutsche Volkspartei.

In der letzten Zeit häufen sich in bedauerlichem Maße die Angriffe von deutschnationaler Seite gegen die Politik und die Haltung der Deutschen Volkspartei innerhalb der Regierung. Nicht nur in der Presse finden wir diese Angriffe, sondern auch von den Führern der Deutschnationalen Partei werden diese Vorwürfe erhoben. So hat auch der Abgeordnete Hergt in seiner letzten Rede in Köln und der Abgeordnete Helfferich in einer öffentlichen Versammlung in Hamburg dieselbe Kampfstellung eingenommen. Aber auch im Lande selbst wird versucht, den Nichtertritt der Deutschnationalen in die Regierung auf das Schuldkonto der Deutschen Volkspartei zu setzen. Dieses bedauerliche Verhalten der Deutschnationalen stört nicht nur in empfindlicher Weise das gute Verhältnis, das zwischen den beiden Parteien bisher bestand, sondern erschwert auch in weitestem Maße die Arbeit der Deutschen Volkspartei innerhalb der Regierung. Immer wieder taucht der Vorwurf auf, als wäre es die Schuld der Deutschen Volkspartei, daß die Deutschnationalen von der Regierung ausgeschlossen sind. Um zu zeigen, daß diese Auffassung nicht zutrifft und um den weitesten Kreisen über diese Frage Aufklärung zu geben, lassen wir hier die Stresemannsche Darstellung über die Regierungsbildung in den Deutschen Stimmen folgen:

„Immer wieder tritt auch die Behauptung auf, die Deutsche Volkspartei hätte es in der Hand gehabt, die Regierungsbildung mit den Deutschnationalen gemeinsam vorzunehmen. Graf Westarp meint, es eröffne recht ernste Aussichten, wenn der Aufsatz der Deutschen Stimmen auch für Preußen dieselbe Koalition wie die Reichskoalition in Aussicht nähme; also wiederum auf die Deutschnationalen verzichte, und einen Block von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei auch in Preußen als eine geeignete Lösung der Schwierigkeiten ansehe. Nun wäre zunächst ein solcher Block sicherlich ein großer Fortschritt gegenüber der jetzigen Lage in Preußen. Gibt es aber weiter wirklich einen ernsthaften Politiker, der daran zweifelt, daß gegenwärtig nicht einmal Demokraten und Zentrum gewillt sind, mit der Deutschnationalen Partei einen Regierungsbund im Reiche oder in Preußen zu bilden? Man hat immer von der Ablehnung der Demokratischen Partei gegenüber einer solchen Regierungsbildung gesprochen und vergißt dabei, daß im Juni die Ablehnung von Zentrumseite eine viel schärfere gewesen ist. Wir haben alle angenommen, daß eine andere Zentrumsfraktion aus den Wahlen hervorgehen würde, und zwar eine solche, in der ein starker rechter Flügel Ansehung nach rechts suchen würde. Bisher ist das nicht in Erscheinung getreten, man sucht diesen rechten Flügel vergebens. Das Zentrum scheint vielmehr die Gefahr einer Spaltung nach links, etwa der Gründung einer radikalen katholischen Arbeiterpartei zu fürchten, wenn es sich seinerseits zu weit von den Grundlinien der früheren Politik entfernt. Solange aber Zentrum und Sozialdemokratie bei diesem Standpunkt bleiben, würde eine Einstellung der Deutschen Volkspartei auf die Formel, nur mit den Deutschnationalen eine Regierung zu bilden, die Verzichtleistung beider Par-

teien auf praktische Mitwirkung in der Regierung bedeuten. Das weiß man in der Deutschnationalen Volkspartei und man sollte deshalb davon absehen, in demagogischer Weise die Dinge anders darzustellen als sie sind. Die parteigeschichtliche Aufgabe der Deutschen Volkspartei besteht in der Gegenwart darin, durch ihren Eintritt in die Regierung das bürgerliche Element in ihr zu stärken. Die parteigeschichtliche Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei besteht in der Gegenwart darin, als Opposition der Rechten dafür zu sorgen, daß der Einfluß linksstehender Elemente auf die Regierung paralysiert wird durch ihren eigenen Einfluß. Bei dieser Verteilung der Rollen hat die Deutschnationalen Volkspartei das weitaus bessere Los, als es der Deutschen Volkspartei beschieden ist, die parteimäßig ihre Teilnahme an der Regierung mit Opfern zu bezahlen haben wird. Um so schärfer ist es daher abzuweisen, wenn deutschnationale Agitationskunst im Lande es so hinstellt, als ob es nur eines Wortes der Deutschen Volkspartei bedürft hätte, um die Deutschnationalen in die Regierung hineinzubringen, und als wenn böser Wille bei der Deutschen Volkspartei dies verhindert hätte.“ (Nr. 39, 26. Septbr. 1920.) N.

Der Bankrott des Erzbergerischen Steuersystems.

Das Rücktrittsgesuch des Herrn Dr. Wirth hat die Folge gehabt, mit der man bei einiger Überlegung von vornherein rechnen konnte: eine Festigung der Stellung des Reichsfinanzministers. Angesichts der ungeheuren Schuldenmasse, die sich in dem Bericht des Reichsfinanzministers vor dem Kabinett aufstürzte, war kaum ein anderer Ausweg möglich, als der, Herrn Dr. Wirth freie Hand zu lassen. Denn wäre der Reichsfinanzminister unter Hinterlassung von geradezu fabelhaften Schulden gegangen, so wäre sicher niemand bereit gewesen, seine Erbschaft anzutreten. So wird Herr Dr. Wirth selbst den Versuch machen, in das schwarze Bild, das er entworfen, etwas Licht zu bringen.

Wenn Herr Dr. Wirth gegangen wäre, so hätte er nicht seine Erbschaft hinterlassen, sondern die des Herrn Erzberger. Die Steuergesetzgebung, die dieser, von Fachkenntnis unbefangene aller Finanzminister durchgesetzt und zum Teil durchgepeitscht hat, ist durch die Bilanz, die sein Nachfolger jetzt gezogen hat, tatsächlich für bankrott erklärt worden. Als Herr Erzberger die Finanzen der deutschen Republik zu regeln unternahm, wäre es die Aufgabe des Reichsfinanzministers gewesen, eine tragfähige und solide Grundlage für unsere Schuldenlast aufzubauen. Nur eins konnte damals dem Reich eine gesunde finanzielle Basis geben: Feste Begrenzung der Ausgaben und des Steuerbedarfs und damit vereint die Erschließung von Steuerquellen, die auch tatsächlich den Bedarf deckten und den volkswirtschaftlichen Kräften dabei freien Spielraum ließen. War auf diese Weise erst einmal ein gesunder Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen erreicht, und hätte man dann unerschütterlich an den Grundsätzen einer soliden und gesunden Staatsfinanz festgehalten, so wäre in dem Meer von Schulden, in dem wir bis dahin schwammen, endlich fester Grund und Boden gewonnen worden. Dann könnte schrittweise daran gegangen werden, das Schuldenwasser allmählich weiter abzubämmen, dann wäre die Notenpresse nicht mehr die immerwährende Zuflucht zur Bestreitung der notwendigen Staatsausgaben gewesen, dann hätte der Staat, wenn er seine Bedürfnisse bis auf die äußerste einschränkte, wieder aus dem Steuerfädel leben können, dann wäre auch das Vertrauen des Auslands wieder gekommen und unsere Volkswirtschaft hätte die guten Folgen einer solchen Staatswirtschaft verspürt. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat damals in der Nationalversammlung

lung fortgesetzt auf diese Notwendigkeit hingewiesen und praktische Vorschläge gemacht. Aber sie hat vergebens gewarnt, Herr Erzberger und seine Mehrheit waren froh und zufrieden, als sie die Steuern auf dem Papier fertig hatten. Auf dem Papier sind sie denn auch bisher größtenteils geblieben. Das Bild von furchtbarem Ernst, das Herr Dr. Wirth entworfen hat, zeigt, was das selbstzufriedene Lächeln des damaligen Herrn Erzberger wert war. Seine Steuergesetzgebung war ein Schlag ins Wasser. Als ob sie nie gemacht worden sei, sind die Einnahmen ins Unendliche weitergestiegen und schwanken heute die Reichsfinanzen ohne feste Grundlage, dem Einstürzen nahe.

Die Ziffern, die sich heute vor den Augen des deutschen Volkes erheben, sind in der Tat furchtbar, wenn man bedenkt, daß zu ihrer Tilgung zwischen bitterer Zahlungspflicht und Bankrott nicht die geringste Wahl bleibt. In dem Etat von 1920 steckt unter Einbeziehung des Fehlbetrags der Reichseisenbahn und der Post ein zugeständenes Minus von annähernd 56 Milliarden Mark, zu dem der ordentliche Etat mit seinem Ausgabenbetrag von annähernd 40 Milliarden sicher auch noch einige Milliarden zuschießen wird. In den ungedeckten Posten des Etatsjahres 1920 stehen uns also vor Augen 56 und mehr Milliarden Etatdefizit, 130 Milliarden Reichsgeldentwertung für deutsche Staatsbürger und 54 Milliarden Entschädigung für die Entente. Daneben tritt die bereits vorhandene Gesamtschuld Deutschlands im Betrage von 242,7 Milliarden (davon 91 Milliarden fundiert). Wenn jemand Mut hat, diese Minusziffern, denen Herr Wirth noch mehr gelegentlich „kleinere“ Beträge von einigen Milliarden hinzufügt, zusammenzurechnen, so wird er erkennen, daß die berühmte Steuerreform des Herrn Erzberger in Wirklichkeit die katastrophische Putscharbeit gewesen ist.

Die innere Krise des Zentrums.

Der Provinzialparteitag der westfälischen Zentrumsparlei in Hamm hat zu einigen ganz interessanten Feststellungen geführt. Einigenmaßen unzufrieden ist man mit dem Wahlausgang in Westfalen-Nord, wo 20 000 Wähler dem Zentrum verloren gingen, die wesentlich der Deutschen Volkspartei zugute gekommen sind. Es ergibt sich ferner aus dem Verlauf des Parteitages, daß fast alle Schichten der katholischen Bevölkerung Westfalens mit der Politik des Zentrums nicht einverstanden gewesen sind. Die Geschäftsleute, die Handwerker, die Landwirte, die Akademiker, die Arbeiter haben gegen die Politik der Herren Giesberts und Erzberger so viele Einwendungen gehabt, daß die politische Stokkraft der Partei darunter sehr gelitten hat. Mit dem Westfälischen Bauernverein war es zu einem offenen Zerwürfnis gekommen, das man bemüht ist, wieder zu beseitigen. Besonders wendet sich die Stimmung scharf gegen den Vorsitzenden des Bauernvereins Freiherrn v. Kerckerink. Ein Arbeitersekretär stellte auf der anderen Seite fest, daß die Hilfe des Episkopats angerufen werden müsse, um die Arbeiter wieder in die Partei hineinzubringen. Die aus Kreisen der Arbeiterschaft erstrebte Bildung einer christlich-demokratischen Arbeiterpartei wurde sehr scharf abgelehnt und es wurde festgestellt, daß die Hauptagitator von den evangelischen christlich-organisierten Arbeitern betrieben werde, die sich in der Deutschnationalen Volkspartei nicht mehr wohl fühlen. Die evangelischen Mitglieder der Zentrumsparlei wünschten schon seit längerer Zeit die Vereinigung zu einer christlichen Arbeiterpartei. Dazu sei das Zentrum bereit, aber erst dann, nachdem sich evangelische Arbeiter in Massen dem Zentrum angeschlossen hätten. — Nach unserem Wissen handelt es sich wesentlich um die christlich-sozialen Arbeiterführer, die eine Sonderpartei gründen möchten.

Zahlen!

Zahlen reden manchmal eine bewundernswürdige Sprache, als es Worte vermögen. Deshalb bringen wir hier einige Zahlen aus dem Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission, der im Vorwärts Nr. 457 vom 24. 9. 20 erschien.

Nach diesem Bericht hatte die Gesamtzahl aller Mitglieder der 48 angeschlossenen Organisationen im Jahre 1918 mit

138 656

ihren tiefsten Stand erreicht, sie lag im folgenden Jahre auf 167 207, im Jahre 1918 auf 249 165 und erreichte am Schluß des Berichtsjahres 31. 3. 1920 die Zahl von

691 263.

Die Steigerung der Mitgliederzahlen hat im Berichtsjahre sehr erfreuliche Einwirkungen auf die gesamten Massenverhältnisse ausgeübt. Die Gesamteinnahmen der Gewerkschaften stieg von

13 304 786 M.

im Jahre 1918 auf die respektable Summe von

62 289 746 M.

Diesen Einnahmen stehen gegenüber Ausgaben in Höhe von

52 760 004 M.,

so daß ein Vermögen von fast 10 000 000 M. als Bestand verbleibt.

Von den Ausgaben erwecken unser Interesse folgende Positionen:

an die Hauptkasse gezahlt	7 216 708 M. = 13,63 %
drückliche Ausgaben	8 374 385 M. = 15,89 %
besondere Ausgaben	1 640 497 M. = 3,11 %

17 231 590 M. = 32,63 %

also ein Drittel der gesamten riesenhaften Einnahmen standen den Kommissionen für ihre Arbeit zur Verfügung.

Können wir uns dann noch über die großen Erfolge der Gewerkschaften wundern?

In den Zahlen und im Zahlen zeigt sich der Erfolg!!!

Die Verhöhnung des Völkerrechts in Eupen und Malmédy.

Das Zeugnis eines Engländer.

Der Völkerbundsrat hat auf seiner letzten Tagung in Paris die sogenannte Volksabstimmung in Eupen-Malmédy als rechtsgültig anerkannt und damit die beiden urdeutschen Kreise Belgien zugesprochen, obgleich die ganze Abstimmung nach dem urkundlichen Beweis der deutschen Denkschrift durch den belgischen Terror zu einer Farce herabgewürdigt worden ist. Die deutsche Regierung hat deshalb mit Recht eine zweite, dem belgischen Einfluß entzogene und wirklich unparteiliche Abstimmung in Eupen-Malmédy gefordert, um den zweifellos vorhandenen Willen der dortigen treudeutschen Bevölkerung zu seinem Rechte zu verhelfen. Der Völkerbundsrat hat indessen den deutschen Protest zurückgewiesen. Unter diesen Umständen gewinnt das Zeugnis eines Engländer besonders Wert, der auf Grund eigener Anschauung in dem Abstimmungsgebiet ebenfalls eine zweite Abstimmung fordert, weil er in dem ersten Schein-Botum jeden Ausdruck des wirklichen Volkswillens vermisst. Im Septemberheft der „Foreign Affairs“, der Monatschrift der englischen Union of Democratic Control, macht der Engländer L. Sington folgende Ausführungen:

„Der Völkerbund sieht sich jetzt ohne Zweifel vor die Notwendigkeit gestellt, für Eupen und Malmédy eine zweite Volksabstimmung in die Wege zu leiten, die von neutralen Beamten vorgenommen und kontrolliert und mit dem Stimmzettel durchgeführt werden muß, um einen freien, gerechten und zuverlässigen Meinungs Ausdruck zu erhalten, ohne daß die Abstimmenden auf schwarze Listen gesetzt werden. Die von belgischen Beamten in diesen Kreisen vorgenommene Volksabstimmung ist eine vollständige Fälschung gewesen. Sie sind öffentlich grober und überlegter Einschüchterung geziehen worden, für eine auf eine Fläche von 380 (englischen) Quadratmeilen verteilte

Bevölkerung von 60 000 Menschen waren nur zwei Abstimmungsorte vorgegeben, alle Einwohner, die ihre eigenen Ansichten hatten, (offenbar ein unverzeihliches Vorgehen!) wurden geächtet, die Abstimmungswilligen wurden mit beleidigenden Fragen gequält und nach der Stimmabgabe belästigt. Diese belgischen Beamten haben sich auch einer neuen Art schreiender Tyrannei schuldig gemacht, indem sie allen, die nicht in ihrem Sinne stimmten, den sogenannten „Dreisprachen-Stempel“ entzogen. Man zwingt die unglücklichen Einwohner, diesen Ausweis zu führen und sperrt alle, die ihn nicht haben, ein. Eine freie Meinungsäußerung ist also unmöglich.

Eupen und Malmédy sind zwei kleine, an Belgien angrenzende Kreise in ungefähr der Ausdehnung von Northants, aber mit dreimal größerer Bevölkerung, von der 58 000 unbestreitbar deutsch, etwa 5000 wallonisch sind, die aber offenbar nie den Wunsch geäußert haben, belgisch zu werden. Da Belgien als eine Nation erst seit 1831 besteht, also kaum 90 Jahre, so kann es auf Striche außerhalb seines Gebietes keinen Anspruch haben. Die Beamten schalten und walten demnach nur auf Grund brutaler Gewalt. Die belgischen Beamten, die überhaupt keine Berechtigung haben, in Eupen und Malmédy zu verweilen, ehe eine anständige Abstimmung das als Wunsch der Einwohner ergeben hat, mischen sich in das Schulwesen, entlassen Lehrer und ersetzen sie durch Belgier und haben das Französisch zur Amtssprache gemacht für 60 000 Deutsche — alles brutales Vorgehen, in dem nicht einmal die spanischen Soldaten Philipp II. sie übertrafen. Der Bevölkerung ist die belgische Währung aufgezwungen worden, was höchste Ungutzuglichkeiten im Gefolge hat, weil viele Einwohner in anliegenden deutschen Städten oder Fabriken arbeiten und natürlich in deutschem Gelde entlohnt werden.

Bisher fanden die Landwirte von Eupen in den Städten des angrenzenden Deutschland einen aufnahmefähigen Markt für ihre Erzeugnisse. Jetzt haben die Belier die Grenzen geschlossen und berauben so die Erzeuger ihrer Märkte und die Verbraucher ihrer Versorgungsmöglichkeiten — ein Beispiel für das nackte, blöde Uebelwollen und den Völkerhaß trotz des wiederhergestellten Friedens. Die belgischen Beamten zeigen sich hier im rechten Licht; wir kennen ja aus den Parlamentsberichten ihre Behandlung der Kongo-Eingeborenen, jetzt wenden sie dasselbe System, kaum verändert, auf Eupen und Malmédy an.

Aus persönlicher Erfahrung wissen wir alle, daß der Vorgang einer Abstimmung eine Minute oder weniger erfordert. Die belgischen Beamten brauchen für eine Stimmabgabe Stunden, ganz offensichtlich in der Absicht, um das Abstimmen zu einer Last zu machen. Man berichtet, Abstimmende mußten Stundenlang warten, und dann wurde ihnen eröffnet, die Frist sei verstrichen, obwohl die Beamten wußten, daß die Abstimmenden meilenweit hergekommen waren und ein Tageswerk darangegeben hatten. Dieses ausgeklügelte Bemühen, die Abstimmung einer schlichten, ehrenhaften, hartarbeitenden landwirtschaftlichen und industriellen Bevölkerung unmöglich zu machen, ist ein Skandal und ein Schandfleck an der belgischen Ehre, der nur dadurch wieder abgewaschen werden kann, daß man diese mißlungene Volksabstimmung für ungültig erklärt und eine neue unter neutraler Aufsicht in die Wege leitet.

Die Belgier haben die Achtung aller anständigen Denker verstoßen, und es gibt nur den einen Weg, das wieder gut zu machen. Berichte, die nur die Dinge herumreden, nützen gar nichts. Zweifellos wird Belgien gegen eine ehrliche Volksabstimmung unter neutraler Aufsicht Einspruch erheben, aber es muß gezwungen werden. Wilsons Grundföhr der Selbstbestimmung beabsichtigen nicht Einschüchterung, mangelnde Abstimmungsmöglichkeiten und schrankenlose Zwangsherrschaft.

Soweit Sington. Etwas Neues über die belgische Schande in Eupen und Malmédy konnte der Engländer uns kaum sagen. Sein Zeugnis ist aber wertvoll für uns, weil hier ein unparteilicher Engländer genau dasselbe feststellt, was in der deutschen Denkschrift urkundlich belegt war und trotzdem von dem Völkerbund mit einem Achselzucken erledigt worden ist. Es ist selbstverständlich, daß das deutsche Volk und die deutsche Regierung sich bei diesem neuen Frevel am Selbstbestimmungsrecht der Völker, der noch dazu durch den Völkerbundsrat gutgeheißen wird, nicht beruhigen werden. Wir werden fortfahren müssen, den allerschärfsten Protest gegen die Vergewaltigung der deutschen Bevölkerung in Eupen und Malmédy einzulegen und wir werden nicht verfehlen, uns auf das Zeugnis des Engländer Sington zu berufen.

Die deutsche Neutralität im Kriege gegen Polen und Sowjetrußland und die deutschen Eisenbahner.

Aus Eisenbahnerkreisen wird uns geschrieben:

In einem Teil der öffentlichen Presse werden in letzter Zeit die Eingriffe der revolutionären Betriebsräte der Eisenbahn in die Autorität des Staates erörtert, denn bekanntlich haben sich die Betriebsräte von Breslau und Erfurt Eingriffe in den Eisenbahnbetrieb erlaubt, die letzten Endes nur der Staatsregierung bezw. der Eisenbahnverwaltung zustanden. Wenn die Betriebsräte im allgemeinen die Interessen des Staates wahren wollen, — so auch in der Neutralitätsfrage — so ist dies zu begrüßen. Dies kann aber nur dann geschehen und reell durchgeführt werden, wenn Eisenbahnverwaltung und Betriebsräte Hand in Hand arbeiten. Leider aber muß bei obengenannten Fällen festgestellt werden, daß dies nicht der Fall war, sondern, daß hier die Betriebsräte vollständig eigenmächtig gehandelt haben. Wohin dies führen kann und wird, beweisen zur Genüge die Repressalien, welche uns die Entente hierfür auferlegt. Daß durch derartige eigenmächtige Maßnahmen einzelner Eisenbahner, die gesamten deutschen Eisenbahner gegenüber der öffentlichen Meinung in einen großen Mißkredit kommen, worunter letzten Endes unser gesamtes Volk zu leiden hat, wollen diese revolutionären Herren nicht einsehen. Wenn jedermann bei der Eisenbahn auf eigene Faust Züge anhalten will, Frachten revidieren und dergl. mehr, so würde das nichts anderes als die vollständige Verkehrs-Anarchie bedeuten. Nach dem Friedensvertrag sind wir leider sowieso verpflichtet, für die Besatzungstruppen in Oberschlesien und im Abstimmungsgebiet zu sorgen. Geht es da nicht, dann wird die Entente mit Repressalien aufwarten. Sie hat bereits am 8. August der deutschen Regierung eine Note überreichen lassen, die über deutsche Eingriffe in den regelmäßigen Zugverkehr nach dem Abstimmungsgebiet Beschwerde führt. Die deutsche Neutralität muß unbedingt gewahrt werden, dies kann aber nicht geschehen durch Anhalten oder Verhinderung der Durchfahrt von Munition oder Truppentransporten, die ausdrücklich im Friedensvertrag vorgesehen sind. Vor lauter Phrasen-Geklingel und Brombarbasieren haben gewisse Leute bei der Eisenbahn den Blick für die Tatsachen und für die Wirklichkeit vollständig verloren. Die Verantwortung aber für die Folgen solcher Streiche, wie sie jetzt in Erfurt geschehen sind, haben diejenigen zu tragen, die ohne Verantwortungsgefühl und ohne jedes Nachdenken die Eisenbahn zu einem Kampfmittel beim Ringen um die parteipolitische Macht ausgekostet wollten. Zu einem derartigen Kampfsobjekt darf sich der Eisenbahner unter keinen Umständen gebrauchen lassen. Deshalb ist es auch endlich an der Zeit, daß diesen unverantwortlichen, politischen, rabi-

Isen Drahtzieher bei der Eisenbahn ein Kiesel vorgehoben wird. Zu wünschen wäre, daß diese Leute doch endlich zur Einsicht und somit auch zu Verstand kämen, denn letzten Endes wird unser so schwer gedrücktes Volk durch derartige Maßnahmen doch immer tiefer zum Sklaven herabgedrückt. Darum deutsches Volk und deutscher Arbeiter, wenn es wieder aufwärts gehen soll, dann „wache endlich auf!“

Polenrausch.

Etwas für deutsche Epicker und Philister.

Als in den letzten Tagen des April 1915 die Armee Macdensen über Neu-Sandek in die Stellungen vor Gorlice marschierte, da mußten die Befreier Galiziens in allen Dörfern und Marktflecken die Tannenbergsdenkmäler sehen.

Meist eine geschmacklose Pyramide aus Stein, mit einem prahlerischen Vogel geziert. Unten stand Tannenberg 1419—1910.

Der sarmatische Ritsch war errichtet zur Erinnerung an den Sieg der Polen über den deutschen Orden; da sich aber diese stumpfsinnigen Dorfschafften gewiß niemals um geschichtliche Ereignisse kümmern hatten, und da es für einen aufgeschägten Staat auch keine historischen Festtage gibt, war die Absicht dieser Prahlererei zu erkennen.

Man betrieb Deutschenhah und übte seine Rache aus, indem man ganz Galizien mit den proklagen Säulen verunzierte; in Österreich konnte man sich gehen lassen. Drüben im Russischen mußte der Pole demütig die Mühe abnehmen vor dem Denkmale des Eroberers Kasan.

Die deutschen Soldaten marschierten achtlos an den Dingen vorbei; aber andere sahen sie und merkten darauf. Daß in den warmen fruchtbaren Tälern keine Obstbäume blühen, daß die Stola, die Dorfschule, überall eine kümmerlich kleine Hütte war, und der stpreußische Adelsknecht staunte mit dem Westfälinger darüber, wie die Leute hier so gar keine Keintlichkeit und Schulbildung hätten.

Ein paar Tage darauf, am glorreichen 2. Mai, warf der Deutsche den Russen aus seinen fürchtbaren Stellungen, trieb ihn zurück, bestreite die Karpathenpässe und gab den polnischen Herren in Aradon die Möglichkeit wieder, frei zu atmen und sich politisch gegen Deutschland anzuleben.

Denkst du daran, mein tapf'rer Lagienka?

Ein altes Lied, das auch wir zuweisen noch hören, das unsere Väter und Großväter aber unentwogen mit Schmelz und Gefühl dudelten.

Und wußten nicht, was es bedeuten sollte, daß sie so traurig wurden und gar so viel Sehnsucht nach der Wiederherstellung des Polnischen Reiches hatten.

Deutsche Träumer — ja, das ist ein sehr nachsichtiges, ein beschönigendes Wort für einen Menschen, der dumm sein und bleiben will.

Wer die deutsche Unfähigkeit, in politischen Dingen selbständig, rechtsschaffen und natürlich zu denken, als Kuriosum eingehend studieren will, der kann an der Polenschwärmerei unserer Großväter nicht vorbeigehen.

Sie ist der klassische Beleg dafür, wie es der Deutsche fertig bringen kann, gegen die Wohlfahrt des eigenen Landes, gegen Wirklichkeit und Vernunft, aber auch gegen Tatsachen, die sich vor seiner Nase vollziehen, blind zu sein, und lumpige Phrasen zu immanenten geschichtlichen Wahrheiten umzubilden. Jahrzehntelang blutete das Herz des Deutschen — besonders in dem redeschwangeren Südwesten — um Polen. Ein paar Stunden gründlichen Studiums hätten ihn belehrt, daß sein Schmerz um den sarmatischen Fäulnisprozeß eine größte Lächerlichkeit und Selbstverhöhnung war. Aber wann haben Schwäher gearbeitet, oder wann hatten sie je den Trieb, die Wahrheit zu erkennen. Die Tatsachen waren einfach.

Ob das lieblichste und zuchtloseste Staatswesen, das es je gegeben hat, zu bestehen aufhörte

oder nicht, ging den Deutschen wenig an; aber daß dem Henker und Schinder deutscher Bauern und Bürger das Handwerk gelegt war, hätte den kleinen Mann, der was fürs Gemüt braucht, in Tuttlinge und Waißlinge ebenso freuen können, wie den in Thorn und Danzig. Wenn er sich darüber klar geworden wäre, daß in der Teilung oder richtiger in dem Zerfallen Polens ein Akt wunderbarer Vergeltung gelegen war.

Aber der deutsche Maulkrommer ist ein Rastblüter von ganz besonderer Art.

Nicht einmal die Rache schmeckt ihm süß.

Süßer schmeckte ihm der Phrasenbrei, den Advokaten und wieder Advokaten und zum dritten Male Advokaten als gottgewollte Volksführer zusammenführten.

Und so war der Schmerz um Polen erfunden und zum Allgemeinut gemacht.

Der „Adle Polle“ bildete den Mittelpunkt des gesellschaftlichen wie des politischen Interesses, der Versammlungen, der Festbankette, der großen wie der kleinen Zirkel; er spielte eine Rolle in jeder Rede, in jedem Zeitungsartikel, in jeder Novelle, in jedem Roman.

Wie viel Anteil daran die verschürzte Polesche, die mit Schweineschmalz gefärbte Locke, das gebrochene Deutsch und das brechende Auge hatten, bleibt ein Geheimnis der Mädchen von Anno 1830.

Aber wieviel Anteil an der Schwärmerei der Volksführer und großen Männer der Mangel an Pflichtgefühl und Staatsbewußtsein hatte, das ist kein Geheimnis. Die Rottkeß, Welscher, Wirth, Siebenpfeiffer, Kolb, Sauerwein, die badischen Krücker, die schwäbischen Propheten, die kein Festbankett ohne Verhimmelung Polens und Beschimpfung Preußens vorübergehen ließen, diese waschechten Großpapas waschechter Schwäher von heute, waren blindwütiger und dummer, als die Verehrerinnen der Krapallins.

Da hatten sie in Freiburg beim Weine, neben sich die Generale Ramorino und Egnayde, der Schneider hieß, und flehten den Himmel an um einen „deutschen Brutus“, der das Messer aus dem blutigen Leichnam der geschändeten Polonia reißen sollte.

Vor ihren Nasen lag das Elß. Und keinem fiel es ein, daß dieses deutsche Land, gewerbereich und blühend, eine Schatzkammer deutschen Kunstfleißes, dem Deutschen Reich geraubt worden war.

Sie mußten ihre Sehnsucht einem Staate schenken, von dem sie nichts wußten, der tausend Meilen weit weg war, verfunken in Schmutz und Faulheit, und der ein Kadaver war, als er auseinanderfiel.

Karl von Rotteck lag unter ihnen, der in keiner neunbändigen Weltgeschichte den Raub Straßburgs mit zwei Zeilen abtat, während er dem „entschiedenen Unglück Polens, der schauerlichen Gewalttat“, viele Seiten und allertiefste Seufzer widmete.

Zwei Jahrzehnte ging das Unwesen weiter: immer tiefer senkte sich der Schmerz um Polen in deutsche Herzen.

Bis dann die Redeorgien in der Frankfurter Paulskirche losbrachen.

Hier fand die Dummheit ihre Krönung durch einen Antrag der Linken, die deutschen Abgeordneten aus Polen von der Versammlung auszuschießen — weil Polen als polnisch und die Teilung Polens als himmelschreiendes Unrecht zu gelten habe.

Wortführer war Arnold Ruge — natürlich fehlte unter den Antragstellern auch ein Zimmermann aus Stuttgart nicht.

Ruge war der typische Phrasendrescher und Siebegerister für das Ausland, einer von denen, die bei uns nie aussterben.

Immer bereit, das eigene Land ins Unrecht zu setzen, voll von Worten, leer an Begriffen.

Er wurde viel verspottet und ausgelacht, aber er zeugte viele geistige Nachkommen, die noch verantwortlicher reden können.

Die Deutschen aus Polen hörten auf, als der

Schwäher von der „heiligen“ Sache Polens sprach, wie er sagte: „die polnische Adelsrepublik habe das ritterliche Wesen zu einer glanzvollen Gestalt entwickelt“. Da stand nun ein Demokrat auf, Wilhelm Jordan aus Berlin, geborener Ostpreuze, dem es bei den Phrasen Ruges und Robert Blums schwach geworden war.

Er belehrte die großen Politiker zunächst einmal darüber, daß der nördliche Teil von Polen, ferner die Westkreise Birnbaum, Meseritz, Bromberg, Frankfurt deutsches Land von jeher gewesen seien. Er hieß die Leute, die ihre deutschen Landsleute preisgeben wollten, unbewußte Volksverräter und sagte: der „Polenrausch“ nehme zu, je weiter man nach Westen, und nehme ab, je weiter man nach Osten komme. Er warf seinen Parteigenossen „schwachsinnige Sentimentalität“ vor, zeigte ihnen, wie Preußen seine polnischen Teile aus dem Schmutz gehoben hatte, und schloß seine Rede mit den Worten: „des Vaterlandes Kraft und Wohlfahrt über alles!“

Das war mehr, als eine Partei ertragen konnte. Sachkenntnis und der Mut, einer geprägten Meinung, einer durch Verjährung ehrwürdigen Dummheit entgegenzutreten, ertrugen die Freiheitsmänner damals so wenig, wie heute.

Sie schlossen Jordan aus, betrübte und feierlich, wie sie in unseren Tagen Traub ausgeschlossen hatten. Arnold Ruge: der auch auf den Bildern das Maul nicht zubringt, weil er einen Redeschwulst darin stecken hat, der war ein echter rechter — Träumer.

Sein Geist schwebte wohl über dem großen Staatsmann, der es nicht erwarten konnte, die Wiederherstellung Polens als schönste Frucht deutscher Heldenkämpfe heimzubringen.

War er der Brutus, der das Messer aus dem Leichnam der geschändeten Polonia riß?

„Schwachsinnige Sentimentalität“ sagte Jordan.

Aus Welt und Zeit.

Der „mißverständene“ Reichspräsident.

Der Reichspräsident hat in der vorigen Woche eine Abordnung der Freudenstädter Gewerkschaften empfangen und sich ihr gegenüber auch über den Steuerabzug in einer Weise geäußert, die bei den Arbeitern die Hoffnung erweckt hat, als stehe eine Änderung in dem Abzugsverfahren bevor.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums hat sich auf Anfragen zu dieser Erklärung des Reichspräsidenten geäußert. Das Reichsfinanzministerium teilt mit, daß eine irrtümliche Auffassung der Worte des Reichspräsidenten vorliegen müsse. Es könne keine Rede davon sein, daß der Steuerabzug fallen gelassen werde und wieder auf die vorjährige Veranlagung zurückgegriffen werde. Dies würde im strengsten Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen stehen und praktisch die Reichseinkommensteuer paralysieren. Der Steuerabzug werde in jeder Weise beibehalten und durchgeführt werden. Im übrigen habe sich der Reichspräsident, wie das Büro des Reichspräsidenten erklärt, nur privatim geäußert. Über den Umfang seiner Äußerungen liege eine offizielle Äußerung noch nicht vor. — Sollte der Herr Reichspräsident sich öfters „privatim“ in so eigenartiger Weise äußern, so dürften Vergleiche mit früheren Zuständen gezogen werden.

Abdrücken der „Magdeburgischen Zeitung“ von der Demokratischen Partei.

Die „Magdeburgische Zeitung“, die dem demokratischen Fraktionsvorsitzenden Schiffer bisher so nahe stand, daß er die politische Wochenchau für sie schrieb, bringt in ihrer Nr. 539 vom 19. September eine Erklärung an die Leser, in der sie ganz förmlich und feierlich von der Demokratischen Partei abbrückt, weil sie sich in ihrer Hoffnung auf deren verbende und einigende Kraft betrogen sieht. Sie schreibt darüber: „In den Sturmtagen des Zusammenbruchs und der

Revolution ging eine Hoffnung durch das liberale und nationale Bürgertum: Die Hoffnung, es möchte eine große Partei alle Schattierungen bürgerlicher freiheitlich-politischer Bekenntnisse umspannen, einen Bloß entschlossenen Widerstandes gegen reaktionäre Pläne von rechts (?) und gegen den politischen und wirtschaftlichen Revolutionswahnsinn von links. Diese Hoffnung hat getrogen. . . Als jene Hoffnung der Novembertage 1918 noch in Blüte stand, führten vor der Wahl zur Nationalversammlung die besonderen politischen Verhältnisse ihres Verbreitungsgebietes die „Magdeburgische Zeitung“ dazu, der Deutschen Demokratischen Partei ihre publizistische Hilfe zu leihen. „Nicht Zug des Herzens“, wie sie damals erklärte, sondern Ergebnis des kühl abwägenden politischen Verstandes“. Jene Hoffnung auf die Einigung des liberalen und nationalen Bürgertums zu einer einzigen geschlossenen, großen Partei ging unerfüllt dahin, jene besonderen Verhältnisse vor der Wahl zur Nationalversammlung bestehen nicht mehr. Die „Magdeburgische Zeitung“ hat daraus die Konsequenzen gezogen. . . Unabhängig von jeder Partei, wirtschaftlich selbständig, und unterworfen nur dem Verantwortlichkeitsgefühl ihrer Leser, so wird die „Magdeburgische Zeitung“ auch in den kommenden wirtschaftlich und politisch schweren Zeiten eine Führerin des liberal und national gesinnten deutschen Bürgertums sein. Sie wird aus diesem Verantwortlichkeitsgefühl heraus ihre Unabhängigkeit auch in einer freimütigen Kritik der liberalen bürgerlichen Parteien betätigen.“ — Ob der Demokratischen Partei diese Kritik des mit ihren Erfolgen so unzufriedenen Blattes sehr angenehm sein wird?

Hochverräterisches Geld.

Hochverräterisches Geld ist im Umlauf, und zwar braunschweigische Zehnpfennigstücke aus Eisen mit dem Landeswappen und der Jahreszahl 1920 sowie der Umschrift „Herzogtum Braunschweig“. Ausgerechnet unter der glorreichen Regierung des Unabhängigsten aller Unabhängigen, Genossen Sepp Orter als Ministerpräsidenten, muß dieses Malheur passieren. Man hat nämlich, um dem Kleingeldmangel im Lande Braunschweig zu begegnen, die Ausgabe einer großen Summe von Zehnpfennigstücken aus Eisen verfügt und dazu den letzten Kriegsnotgeldstempel aus der vorrevolutionären Zeit verwendet, worin man nur die Jahreszahl geändert hat. So ist das „Herzogtum Braunschweig“ noch für das Jahr 1920 auf Eisen erhöht worden. Jetzt ist Herr Sepp Orter, nachdem er zum Schaden noch den Spott hat, hinter diesen Zehnpfennigstücken her wie der Teufel hinter der armen Seele. Das hochverräterische Geld soll wieder eingezogen werden.

Professor Hans Delbrück

weist in den Preussischen Jahrbüchern ganz genau nach, daß durch die Berufung Hindenburgs und Ludendorffs in die Oberste Heeresleitung „das Deutsche Reich verloren war. Ludendorff hat die strategische Aufgabe, die ihm gestellt war, niemals begriffen.“ — Wir wollen fortan nicht mehr Generale, sondern Professoren an die Spitze der Reichswehr stellen, damit die Sache richtig begriffen wird. Dann kann uns sowas nicht wieder passieren.

Aus Schleswig-Holstein.

Im rein deutschen Lindholm erscheint ab 1. August ein dänisches Blatt, wohl ein Ableger von „Flensborg Avis“. Es wird verlorene Liebesmüh sein, die deutschen Friesen zu dänischer Gesinnung durch Druderschwärze auf gebuldigem Papier zu bekehren versuchen. — Die dänischen Wahlberechtigten für Deutsche in Sonderburg haben geholfen. Bei den Stadtverordnetenwahlen wurden 8 deutsche Bürgerliche, 5 Sozialisten, von denen 2 dänisch gesonnen sind, 2 dänische Arbeiter und 9 dänische Bürgerliche gewählt. Damit hat das dänische Stadtparlament eine dänische Mehrheit.

Der „Frankfurter Zeitung“

entnehmen wir, daß Hr. v. Stein, Rant und Fichte „die Schöpfer des demokratischen Gedankens“ seien. Fragt sich nur: was für eines demokratischen Gedankens. Fichte, Stein und Rant Arm in Arm mit Professor Hugo Preuß und Theodor Wolff, das wäre ein köstliches Bild. Die drei alten Herren werden etwas begoutiert sein von der neuen Bekanntschaft.

Ein fürchtbares Wort.

gegen dessen Bildung man Verwahrung einlegen muß, bevor es unsere deutsche Sprache noch mehr verunzelt, gebraucht die Deutsche Tageszeitung. Sie schreibt nämlich von der „allmählichen Ver-räufung“, die Deutschland bevorstehe und will damit ausdrücken, daß bei mangelnder Energie der Regierung das Räteystem auch in Deutschland immer mehr Boden fassen werde. Wir hoffen, daß dieses Wortungetüm nicht von findigen Zeitungsschreibern aufgegriffen und in das Zeitungsdeutsch aufgenommen wird. Eine Zeitung, wie die D. L.-Ztg. sollte aber schon im Hinblick auf ihre nationale Gesinnung sich solcher Ver-schandlungen unserer Muttersprache enthalten.

Kohlennot und Kohlenpreise.

Wie die Kohlennot von Tag zu Tag steigt, zeigt u. a. ein in die Millionen gehender Abschluß einer deutschen Fabrik über Kohlenlieferungen aus Amerika. Die Deutsche Allgemeine Zeitung berichtet darüber folgendes:

„Die Zellstofffabrik Waldhof hat einen großen Abschluß in amerikanischer Kohle getätigt, wobei sich der Preis auf 30 Doll. cif. Rotterdam stellt. Einschließlich der Fracht nach Mannheim ergibt sich ein Beschaffungspreis von nicht weniger als 15 000 bis 16 000 M. pro Wagon. — Das gleiche Quantum bester rheinisch-westfälischer Steinkohle kostet heute etwa 2100 bis 2400 M. Die herrschende Kohlennot in Deutschland kann nicht deutlicher veranschaulicht werden, wenn ein laienmännlich geleitetes Unternehmen wie die Zellstofffabrik Waldhof sich angesichts dieses Preisunterschiedes entschließt, amerikanische Kohle einzuführen.“

Der Preisunterschied beträgt pro Wagon demnach 13 000 bis 14 000 M. Welche Summen muß die Zellstofffabrik Waldhof also entsprechend der Größe des Absatzes aufbringen, um nur allein den Preisunterschied zu bezahlen!

Kinder.

Unter dieser Epithete bringt die Voss. Ztg. zwei recht beachtenswerte Bilder aus Berlin: Sonntag Mittag veranstaltete die Freie sozialistische Jugend und die Sozialistische Proletariatsjugend Groß-Berlins eine Demonstration in Bichelsberge, wo die Herren Jungens die sofortige Zerstörung des bürgerlichen Staates und den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft mit Hilfe der Proletariatsdiktatur forderten. — Zu gleicher Zeit veranstaltete die U. S. P. D. Neukölln einen Demonstrationszug für die weltliche Schule. Ein Zug von etwa 800 Kindern wurde von einem etwa 8jährigen Knaben eröffnet; er trug ein großes Plakat „Fort mit den Lügen der Religion!“ Einige kleine Mädchen trugen Puppen, andere trugen Tafeln: „Wir fordern die weltliche Schule!“ Am Herbergplatz sprachen Adolf Hoffmann und Schneider-Neukölln. Zum Schluß riefen die Kleinen: „Fort mit dem Aberglauben, hoch die weltliche Schule!“ Ein Aktionsausschuß der Hofenmache wurde ausnahmsweise nicht gewählt.

Der Herzog von Cumberland.

der Vater des Herzogs Ernst August von Braunschweig, hat sein Wiener Palais, das er 1883 von dem verstorbenen Herzog Wilhelm von Braunschweig, seinem Onkel, ererbt hatte, an einen Wiener Großindustriellen für 17 Millionen verkauft. Das wertvolle Mobiliar war vorher nach Gmunden, dem ständigen Wohnsitz des Herzogs von Cumberland, gebracht worden.

Die russischen Kronjuwelen in England?

Es verlautet, daß die russischen Kronjuwelen von bolschewistischen Agenten in England einge-

smuggelt worden sind. Alle Händler werden vor dem Ankauf dieser Edelsteine gewarnt und ersucht, die Polizei zu benachrichtigen, damit England nicht der Kriegsort der bolschewistischen Propaganda werde.

Ein neuer Staat.

Am 1. September hat General Gourmand den Staat Groß-Libanon ausgerufen. Sitz der neuen Regierung soll Beirut sein. Die Flagge des neuen Staates sind die blau-weiß-roten französischen Farben. Der weiße Mittelstreifen zeigt eine Cedre.

Aus der Partei.

Die Preußenfraktion fordert Neuwahlen zum 28. November.

Der Präsident der Preussischen Landesversammlung, Abg. Leinert, hat unterm 21. September ein Schreiben an die Vorsitzenden der Parteien der Preussischen Landesversammlung gerichtet, in dem er sie ersucht, ihm mitzuteilen, welche Gesetze und Vorlagen die Parteien noch der Erledigung durch die Preussische Landesversammlung unterstellt wissen wollten. Die Fraktion der D. V. P. hat beschlossen, auf dieses Schreiben des Präsidenten folgende Antwort zu geben:

„Die Fraktion billigt den von ihrem Vorsitzenden, Abgeordneten Dr. v. Krause in der Sitzung des Ältesten-Ausschusses vom 21. September vertretenen Standpunkt, wonach wir die Auflösung der Preussischen Landesversammlung baldmöglichst und die Ausarbeitung der Neuwahlen für den 28. November d. J. wünschen.“

Die Fraktion legt Wert darauf, daß vor der Auflösung noch die folgenden Vorlagen bezw. Gesetze erledigt werden:

Verfassung,
Wahlgesetz,
Besoldungsgesetz,
Mittelständisches Vorlage,
Museumsgesetz zwischen Krone und Staat.

Die Fraktion ist der Ansicht, daß die Erledigung dieser Gesetze unter Einhaltung des für die Neuwahlen gewünschten Termins vom 28. November d. J. durchaus möglich ist.“

Der in dem Fraktions Schreiben erwähnte Brief des Präsidenten der Landesversammlung, des sozialdemokratischen Abgeordneten Leinert, stellt offenkundig den Versuch dar, den Parteien der Landesversammlung eine Falle zu legen. Die Sozialdemokraten haben bekanntlich das größte Interesse daran, die gegenwärtigen Zustände in Preußen noch solange wie möglich aufrecht zu erhalten, damit unter ihrer Führung noch weiterhin der sozialdemokratische Kurs in Preußen verschärft wird, der, wie die Erfahrung gelehrt hat, mit dem größten Nachteil für Preußen selbst, wie auch für das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich verbunden ist. Deshalb hat Herr Leinert sein Schreiben so verfaßt, als ob unter Umständen noch eine möglichst große Fülle von Gesetzen und Vorlagen für die gegenwärtige Landesversammlung zu erledigen wäre, so daß der Termin für die Neuwahlen in denkbar weite Ferne hinausgeschoben werden müßte. Diesem Versuch des Herrn Leinert tritt das Antwortschreiben der Fraktion der D. V. P. mit erfreulicher Klarheit entgegen. Es vertritt den Standpunkt, daß es nicht etwa auf die Menge des noch zu erledigenden Materials ankommt, sondern daß vielmehr ein Termin für die Neuwahlen nunmehr unverrückbar festzustellen sei, bis zu welchem die wichtigsten, aber auch nur die wichtigsten Gesetze und Vorlagen, erledigt werden können und müssen.

Abbau der höheren Lehranstalten?

Die Abgeordneten Dr. Boelitz, Dr. Richter, Dr. Thaeer und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei haben folgende Anfrage an die Preussische Staatsregierung gerichtet:

Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Staatsregierung den Abbau der höheren Lehranstalten alsbald in die Wege zu

Leiten und unser gesamtes Schulwesen nach Grundlinien neu aufzubauen, die bisher der Öffentlichkeit noch nicht bekannt gegeben worden sind.

Sind dahingehende Nachrichten begründet? Wenn ja, ist die Staatsregierung bereit, der Landesversammlung eine Denkschrift vorzulegen, die genauen Aufschluß über die Pläne der Regierung gibt?

Ist es in Deutschland noch eine rote Armee?

Die Abgeordnete Frau Katharina von Oheimb hat an die in Betracht kommenden behördlichen Stellen im Reich die nachstehenden Ausführungen gerichtet:

Wenn auch, besonders von linksstehender Seite, das Bestehen einer sogenannten roten Armee in Deutschland geleugnet wird, so besteht sie doch im geheimen weiter.

Die wie Pilze aus der Erde geschossenen, in jeder Stadt und jedem Dorf zahlreich bestehenden Arbeiter-, Radfahrer-, Turn-, Sport-, Fußball-, usw. Vereine sind geheime Formationen der roten Armee. Sie sind kleine Einheiten, aus denen Gruppen, Züge, Kompagnien, Stoßtrupps, Radfahrerabteilungen, Handgranatenwerfer, Wälder-, Nachrichtentrupps usw. gebildet werden sollen. Die Lehrlinge und jüngeren Gesellen müssen in diese Vereine eintreten und an den Übungen teilnehmen, die des Abends, teils im Freien, außerhalb der Ortschaften, teils in Turnräumen, Gasthöfen, Restaurationen usw. stattfinden.

In einigen Ortschaften der Provinz Sachsen, wie besonders in Ermsleben, Mörsleben, Heitstedt, Sangerhausen sollen zahlreiche Waffen sehr leicht verborgen sein. Die Abgabe der Waffen geht bisher fast nur von leuten bürgerlicher Art. Von linksstehenden Kreisen werden ganz offensichtlich, besonders in der Gegend Dessau-Bitterfeld, diejenigen, welche die Waffen abgeben, konfiskiert und dadurch wirtschaftlich geschädigt. Der famose Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr Hoersing, wird dies alles natürlich ableugnen seinen roten Freunden zuliebe und von der jetzigen preussischen Regierung sind hiergegen keine Maßnahmen zu erwarten. Aber trotzdem sind die Zustände solcher Art.

Unverträgliche Verschlechterung des Eisenbahnverkehrs von und nach Ostpreußen.

Die Abgeordneten Dr. v. Krause und Frau Boehlmann sowie die übrigen Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei haben folgende große Anfrage an die Preussische Staatsregierung gerichtet:

„In dem Eisenbahnverkehr von und nach Ostpreußen tritt eine fortwährende Verschlechterung zutage. Nicht nur finden die Revisionen der vertragswidrig aufzubringenden beim Betreten und Verlassen des polnischen Korridors fortgesetzt statt und verursachen jedesmal einen halbstündigen oder noch längeren Aufenthalt, sondern auch deutscherseits treten durch anhaltende Züge auf den Stationen östlich und westlich des Korridors, zwecks Prüfung der Fahrkarten, ähnliche Verzögerungen ein. Endlich wird durch die schlechte Beschaffenheit des rollenden Materials, das auf diesem, ohnehin längsten Wege bis zur Hauptstadt möglichst sorgfältig ausgewählt werden sollte, mehrfach längerer Aufenthalt auf offener Straße verursacht, so daß durch diese Umstände die Reise von Eydun nach Berlin bis auf 22 Stunden, von Königsberg bis nach hier bis auf 17½ Stunden verlängert wird, und daß für den Winterfahrplan sogar noch stärkere Verzögerungen bevorstehen. Diese zunehmende Verschlechterung der Verbindung der abgetrennten Provinz mit dem Reich löst eine steigende Erbitterung der reisenden ostpreussischen Bevölkerung aus und drängt durchaus nach Abhilfe.“

Ist die Staatsregierung bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß dieser offensichtlichen Vernachlässigung der ganz besonders pflegebedürftigen Provinz, deren möglichst enger Zusammenhang mit den übrigen Teilen des Reiches aufrecht zu erhalten ebenso sehr im Interesse Ostpreußens wie des gesamten Reiches liegt, endlich ein Ende bereitet wird?

Rheinisch-westfälische Arbeitsgemeinschaft.

Vertreter der Wahlkreise 16, 19, 20, 23, 24, 25, 26 der D. V. P., die teils in der westdeutschen, teils in der rheinischen Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt sind und weiterhin zum Teil beiden Organisationen angehören, traten am 18. September d. J. in Düsseldorf zum ersten Male zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, an der auch zahlreiche Abgeordnete und Zentralvorstandsmitglieder teilnahmen, sowie der erste Generalsekretär der Reichswirtschaftsstelle, Herr Schütz. Die vertrauliche Aussprache über die wichtigsten politischen Fragen wies eine erfreuliche Übereinstimmung aller Beteiligten auf. Man einigte sich dahin, daß sich die beiden benachbarten Arbeitsgemeinschaften Rheinland und Westfalen in Zukunft zu gemeinsamer Arbeit zum Wohle der Partei und des Vaterlandes zusammenschließen.

Schutz gegen die Viehverseuchung.

Der Abgeordnete Duschke macht in einer Anfrage an die Regierung darauf aufmerksam, daß durch den Krieg und seine Folgewirkungen, ganz besonders aber infolge der durch die Revolution in Unordnung geratenen Demobilisierung, verchiedene Seuchen nach Deutschland eingeschleppt worden sind. Das Reich bezog das Preussische Landwirtschaftsministerium lehnt eine Entschädigung ab, da das Reichs-Viehverseuchengesetz hierzu keine Handhabe bietet. Eine Novelle zum Reichs-Viehverseuchengesetz mit der Einbeziehung der Vergütung der aus den eingeschleppten Seuchen herrührenden Schadensfälle, auch mit rückwirkender Kraft, erscheint dringend erforderlich. Erforderlich erscheint ferner eine strenge Handhabung des Grenzschutzes und des Seuchengesetzes zur Verhütung derartiger schwerer Rückschläge, welche die Landwirtschaft mit ihren dezimierten Viehbeständen nicht ertragen kann. — Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt und ist sie bereit, schleunigst Abhilfe zu schaffen?



Siegen. Die Geschäftsstelle bedauert es sehr, daß es ihr nicht möglich ist, die Mitteilungen über bevorstehende Versammlungen in den einzelnen Ortschaften rechtzeitig bekanntzugeben. und bittet deshalb die einzelnen Ortsgruppen um baldige Mitteilung von geplanten Versammlungen. Nur so ist es möglich, daß diese Versammlungen durch den Beobachter in weitere Kreise unserer Parteifreunde dringen. Wir machen dabei aufmerksam, daß der Reaktionschluß für den Beobachter Dienstag Abend 6 Uhr ist, und bitten, alle Mitteilungen so einzusenden, daß sie zu diesem Zeitpunkt in unseren Händen sind. Auch sonst würden wir es begrüßen, die Geschäftsstelle über alle Sitzungen zu unterrichten, damit dieselbe dadurch in die Lage kommt, sich von der Arbeit innerhalb der einzelnen Ortsgruppen auf dem laufenden zu halten. Die noch ausstehenden Berichte bitten wir so schnell wie möglich der Geschäftsstelle einzusenden.

Dahlbrunn. Der Vorstand der hiesigen Ortsgruppe, die seit ihrem letzten Bestehen bereits 120 Mitglieder zählt, setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Proturist H. Leudel, 2. Vorsitzender: Direktor H. W. Klein, 1. Schriftführer: Karl Denker, 1. Schatzmeister: Drehermeister Karl Menn, Beisitzer: Frau Hebamme Schlag, Monteur Zimmer, Techniker Albert Flenker, Fräulein Agnes Kraus.

Krombach. Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 4½ Uhr, fand im Hambloch'schen Saale eine Versammlung der Mitglieder der Deutschen Volkspartei statt, die leider wegen des schlechten Wetters sehr schwach besucht war. Der eifrigen Arbeit unserer Parteifreunde, besonders der Herren Gewerke Haas und Fabrikant Spies, ist es zu danken, daß die Deutsche Volkspartei immer mehr Freunde gewinnt und auch hier festen Fuß faßt. Den Vorstand werden wir demnächst bekanntgeben.

Neunkirchen. Die Mitglieder der Ortsgruppe Neunkirchen versammelten sich am Montag, dem 27. d. M., zu einer Sitzung bei Thielmann, wozu auch Herr Kaufmann Girshausen aus Burbach als Gast erschienen war und von dem Vorsitzenden begrüßt wurde. Der neugewählte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Fabrikant H. Schneider, Neunkirchen; 2. Vorsitzender: Direktor Stesse, Salchendorf; 1. Schriftführer: Hauptlehrer Jhing; 1. Schatzmeister: Postverwalter W. Ruben, Neunkirchen; Beisitzer: Albert Grau, Salchendorf, Dr. Theiß, Struthütten, Steiger Hermann Sander, Neunkirchen, Plahmeister Lichtenthaler, Struthütten, Badermeister Bernhard Kunze, Altenseelbach, Gastwirt Petri, Wiederstein-Zeppenfeld. In der weiteren Aussprache beschäftigte man sich eingehend mit der Winterarbeit innerhalb der Ortsgruppe. Durch Mitgliederversammlungen gedenkt man den Parteifreunden eingehende Aufklärung über die politische Arbeit unserer Partei zu geben, durch öffentliche Versammlung das Interesse fernstehender für unsere Partei zu wecken. Wir bitten unsere Parteifreunde, die Ortsgruppe durch rege Mitarbeit zu unterstützen.

Wilden. In der Versammlung am 21. d. M. wurde für die Ortschaften Unter-, Mittel- und Oberwilden eine Ortsgruppe gegründet, in der Herr Nitsche, Siegen, über Zweck und Wert der Organisation und über die Gründung einer Ortsgruppe sprach. Im Anschluß daran traten sämtliche Anwesende der Deutschen Volkspartei bei. In den neugewählten Vorstand kamen folgende Herren: 1. Robert Reichmann, Schreinermeister, Unterwilden; 2. Heinrich Ermer, Betriebsführer, Unterwilden; 3. Emil Jung, Schreinermeister, Mittelwilden; 4. Robert Schmidt, Köster, Oberwilden; 5. Gustav Grisse, Bergmann; 6. Alfred Ober, Bergassessor, Unterwilden; 7. Ernst Baumeister, Lehrer, Oberwilden; 8. Paul Willwacher, Maschinenmeister, Unterwilden; 9. Hugo Ernst, Kaufmann, Unterwilden; 10. Karl Neuner, Steiger, Oberwilden.

Altenkirchen. Der Kreisvorstand der Deutschen Volkspartei für den Kreis Altenkirchen ruft für Samstag, den 9. Oktober, nachmittags 3 Uhr, alle Vertrauensmänner des Kreises und alle Freunde unserer Partei nach A u a n d e r S i e g zusammen. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung und die in Kürze bevorstehenden Wahlen bitten wir alle unsere Freunde um recht zahlreiches Erscheinen.

Leimstruth. Die hiesige Ortsgruppe veranstaltet am Samstag, dem 2. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf der Luisenburg eine Versammlung für alle Parteifreunde der Deutschen Volkspartei aus den Ortschaften Leimstruth, Weilsbach, Balde, Schameder, Amshausen und Rinthe. Herr Nitsche aus Siegen hält bei dieser Gelegenheit einen Vortrag über die Regierungsbildung und den Anteil der Deutschen Volkspartei dabei. Der weiteren spricht Herr Nitsche über die Tätigkeit der Deutschen Volkspartei innerhalb der Regierung. Alle Parteifreunde aus den genannten Ortschaften bitten wir, zu dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.

Bei Hartzheimer, Siegen, Bahnhofstraße, treffen sich jeden Mittwoch von 6-8 Uhr die Parteifreunde an einem Parteikammlisch; Auswärtige willkommen.

Unsere Freunde wollen dem „Beobachter“ ihre Anzeigen zuweisen, nicht nur die Geschäfts-, sondern auch die Familien-Anzeigen. Die Leser des „Beobachter“ müssen wissen, daß das sie verbindende geistige Band einen materiellen Einschlag wohl vertragen kann.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei, Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G. Steinhäus (Fernruf 472). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 51, sämtlich in Siegen.

Silferuf.

Oberschlesien geht verloren, wenn es nicht sofort befreit wird!

Das ist das übereinstimmende Urteil aller Kenner Oberschlesiens und der jetzt dort herrschenden Verhältnisse. Den Schutz hat nach dem Friedensvertrage die besiegene Macht übernommen. Das ist außer Italien in erster Linie Frankreich.

Aber die Franzosen schützen Oberschlesien nicht, sondern sympathisieren mit den eingedrungenen Polen; sie lassen es zu, daß die deutschen Behörden ihrer Macht entkleidet werden, daß die deutsche Bevölkerung von den Polen vergewaltigt, verschleppt, mißhandelt und getötet wird. Wer deutsch spricht, schwebt in Lebensgefahr!

Soweit ist es in einer deutschen Provinz, in dem von Friedrich dem Großen zu blühender deutscher Kultur erweckten Oberschlesien gekommen!

Das darf nicht so weiter gehen!

Es muß etwas zum Schutze Oberschlesiens geschehen!

Raffe dich auf, deutsches Volk, und sei einig in dem Willen, Oberschlesien dem deutschen Vaterlande zu erhalten!

Gib diesem Willen, wie in der Auslieferungsangelegenheit, machtvollen Ausdruck. Verlange Schutz für die bedrohten Deutschen Oberschlesiens.

Wenn das geschieht, wird Oberschlesien deutsch bleiben; muß es deutsch bleiben! Deutscher, wach auf, besinne dich auf deine vaterländischen Pflichten!

Oberschlesien, diese wichtige und wertvolle Grenzmark im Osten, darf nicht polnisch werden;

Nimmermehr! Niemals!

Breslau, im September 1920.

Ordensgemeinschaft der Deutschen.

Goßig, Hauptschriftleiter und Verlagsdirektor.

Bekämpfung des Kartoffelkrebses.

Wir haben laufend abzugeben Hindenburg-Saattartoffeln anerkannter Nachbau vom Original-Saattgut. Die Kartoffeln sind absolut krebsfest und können auf allen verfeuchten Grundstücken gefahrlos angebaut werden. Bei den diesjährigen Anbauversuchen, in ziemlich allen Teilen des Kreises, hat sich die Sorte sehr gut bewährt. Beschaffung von krebsfestem Saattgut im nächsten Frühjahr ist nicht möglich. Deshalb werden alle Interessenten, besonders aus den verfeuchten Industrie- und Gegendgemeinden, aufgefordert, ihren Bedarf jetzt zu beden. Der Preis beträgt M. 42.— pro Ztr. ab pommerscher Verbandsstation. Die Frucht muß selbstverständlich mitbezahlt werden. — Landwirte, die im nächsten Frühjahr Saattartoffeln für den Kreisverein anbauen wollen, können ebenfalls ihren Saattgutbedarf jetzt beden.

Kultur- und Gewerbeverein,
Landwirtschaftlicher Kreisverein.

DRUCKARBEITEN

ALLERART WERDEN IN KÜRZESTER ZEIT ERLEDIGT

BUCHDRUCKEREI

G. STEINHAUS, SIEGEN

FERNRUF 472 — KÖLNERSTR. 2 (EINGANG AXESWENDE)

Emil Neumann
Löhrrasse 21
NNN

Einrahmung und Kunsthandel

Ständiges Lager in
gerahmten und ungerahmten
Bildern u. Bilderleisten.

Metallverwertung „Siegerland“

Kaan-Marlenborn (Kreis Siegen)

Telephon 646 und 1490 Amt Siegen.

Ankauf sämtlicher Metalle, Metallschrapen und Rückstände, besonders zinnhaltiger, sowie Lagermetalle und Stöcklein. (1428)

Herstellung von Lagerweismetall und Stöcklein nach garantierten Verordnungen.

Musikverein Weidenau.

Leitung: Studienrat Meyer-Weidenau.

Dienstag, den 12. und Mittwoch, 13. Oktober cr.,
abends 7 Uhr pünktlich.

in der Bismarckhalle zu Weidenau:

Zweimalige Aufführung:

Die Schöpfung

Oratorium in drei Teilen von Joseph Haydn.

Ausführende:

Frau: Hedwig Schneider-Siegen (Sopran),

Herr: Wilhelm Böhl-Weidenau (Tenor),

August Buchholz-Siegen (Bass).

Chöre: Gemischter Chor des Musikvereins Weidenau, gemischter Schüler- und Schülerinnen-Chor der Oberrealschule und der Höheren Privat-Mädchenschule Weidenau.

Orchester: Verstärktes Schülerorchester der Oberrealschule, Weidenau.

Preise der numerierten Plätze: A. 10.—, B. 8.—, C. (einschl. Steuer) im Vorverkauf bei Geschw. Hermann, Weidenau, Wilhelmstraße 77, und Feiler Wd. Kühling, Siegen.

Montag, 11. Oktober, abends 7 Uhr:

Öffentl. Generalprobe.

Preis auf allen Plätzen M. 2.50 (einschl. Steuer).

Wegen Aufgabe des Geschäfts verkaufen sofort sämtliche noch vorhandenen

Eisenwaren,
Dele, Farben usw.
sowie komplette [1684]

Ladeneinrichtung,
z. B. große Theke, Regale mit 30, 65 Schubladen, auch geeignet für Kolonialwaren.
Gebrüder Strunz,
Weitefeld b. Daaden.

Kesedan

das ideale Hautpflegemittel
zu haben in den Apotheken.
Preis M. 2.50 die Tube.

Haarnisse

im Frauen- u. Mädchenhaar entfernt garant. sofort
Nisska D.R.G.M.
708 295
Aufklärung kostenlos
Fr. B. Mückenhaupt
Nürnberg 14. (1919)

Ein Rur
Apfelbaumer Zug
zu verkaufen. (1733)
Schriftl. Ang. unter H. L. 498
an die Geschf. d. BL.

Wennemar Gatermann,

Kohlener Str. 6 Siegen i. W. Kohlener Str. 6.

In erstklassiger Friedensqualität

liefern ich

sämtliche Lacke, Farben, Öle und
Leinölkitt

für Handel, Industrie und Gewerbe.

Sämtliche Reparaturen

Kraftfahrzeugen all. Systeme

auch stationären Motoren und Bereifungen
werden übernommen unter schnellster Ausführung und billiger Berechnung. Auch werden auswärtige Arbeiten an stationären Motoren und Maschinen aller Art, auch Personensicherungen übernommen. (258)

An- und Verkauf von Kraftfahrzeugen
und Bereifung.

Automobil- und Motorenwerk — Vulkanisier-Anstalt

Fritz Krüger, Siegen

Wiesenstraße 11. :: Fernsprecher 1308.

Schweiß- und Bördelschmied.

Für unsere stationäre Kesselschmiede suchen wir einen durchaus tüchtigen Schweiß- und Bördelschmied, der seine Fähigkeit durch Zeugnisse belegen kann. Erwünscht Kenntnis in Winkelschmiedearbeit.

Ausführliche Angebote über bisherige Tätigkeit mit Zeugnisabschriften, Alter- und Verdienstangabe sowie frühestem Eintrittstermin erbeten an

Maschinenbau-Anstalt Humboldt, Köln-Rail.

Arbeiterannahme.